

VERTRAULICH
bis zur Feststellung des
schriftlichen Ergebnisses der
letzten nicht öffentlichen
Ausschusssitzung durch
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Direktion für allgemeine Verwaltung, Wirtschaft und Beschäftigung
Dezernat III, Kinder- und Jugendamt

Jugendliche in Ausbildung bringen

Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Jugendgemeinderat	17.01.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Jugendhilfeausschuss	25.01.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Haupt- und Finanzausschuss	14.02.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	01.03.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

Inhalt der Information:

Jugendgemeinderat, Jugendhilfeausschuss, Haupt- und Finanzausschuss und Gemeinderat nehmen die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

Die Information zum Thema Jugendliche in Ausbildung bringen hat keine Auswirkungen auf die Ziele des Stadtentwicklungsplans.

Begründung:

Das Thema Ausbildung für Jugendliche bezeichnet eine der zentralen Herausforderungen, die sich nicht nur an die Wirtschaft, sondern insgesamt an die Gesellschaft richtet. Neben der Notwendigkeit einer ausreichenden Zahl an Ausbildungsplätzen in Handwerk, Industrie und im Dienstleistungssektor treten Fragen der Ausbildungsfähigkeit junger Menschen, die die Schule verlassen, zunehmend in den Vordergrund. Dabei geht es nicht nur um sozial benachteiligte Jugendliche mit zum Teil eingeschränkter Ausbildungs- und Berufsperspektive, sondern um eine größer werdende Gruppe aus allen sozialen Bereichen. Schul- und familienpolitische Fragestellungen zur Lösung dieser Problematik sind deshalb zunehmend einzubeziehen.

Die Stadt Heidelberg hat sich auf vielen Ebenen dem Thema der Ausbildung junger Menschen gewidmet. Dazu gehört vor allem eine verstärkte und zielgerichtete schulpädagogische Arbeit.

Entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag (§ 13 SGB VIII) hat die Heidelberger Jugendhilfe für junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligung oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigung in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, institutionalisierte sozialpädagogische Hilfen geschaffen, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern. Der bei der Stadt tätige Jugendberufshelfer unterstützt die Haupt- und Förderschulen in ihrer Konzeptionsarbeit zur Förderung der Berufsreife und fördert durch Unterrichtsmodule im Klassenverband und durch wiederholte Einzelberatung die Ausbildungsmotivation sowie die Berufs- und Ausbildungsorientierung der dortigen Schüler/innen. An zwei Heidelberger Berufsschulen (Marie-Baum-Schule, Johannes-Gutenberg-Schule) führt Jobfit Heidelberg e.V. gefördert durch die Stadt Heidelberg berufs- und ausbildungsorientierte Beratung und Begleitung für die Schüler/innen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ), des Berufseinstiegsjahres (BEJ) und der Einstiegsqualifizierung für Jugendliche (EQJ) durch. Die Jugendsozialarbeit für diese Zielgruppe wird ergänzt durch landes-, bundes- und ESF-geförderte Projekte der Jugendagentur Heidelberg.

Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und den Kammern und Verbänden der Wirtschaft bemüht sich die Stadt zu Beginn eines jeden Ausbildungsjahres um die Bereitstellung ausreichender Ausbildungsangebote. Die Stadt selbst hat es zu ihrem Grundprinzip erklärt, erheblich mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen als sie selbst für ihren Personalbedarf benötigt. Auf diese Weise will die Stadt Heidelberg ganz bewusst Berufschancen auch außerhalb ihrer eigenen Verwaltung schaffen.

Der vorliegende Antrag der Gemeinderatsfraktion GAL-Grüne-Heidelberg will die Aktivitäten der Stadt Heidelberg in dreierlei Hinsicht weiter verstärken

1. Die Stadt Heidelberg startet mit den kommunalen Spitzenverbänden eine Initiative zur Schaffung rechtlicher Voraussetzungen, die es ermöglichen, die Ausbildungsplatzquote eines Unternehmens als ein Kriterium für die Vergabe städtischer Aufträge heranziehen zu können.

Es ist zu prüfen, ob eine derartige Verknüpfung vergaberechtlich in zulässiger Weise hergestellt werden kann. Stimmt der Gemeinderat dieser Initiative zu, wird die Stadt Heidelberg den kommunalen Spitzenverbänden vorschlagen, diese Überprüfung vorzunehmen. Insoweit wäre zunächst mit dem Städtetag Baden-Württemberg Kontakt aufzunehmen.

2. Im Stadtblatt wird eine Rubrik "Ich/Wir bilden aus, weil", in der ausbildende Betriebe im Sinn einer positiven Bestärkung sich und ihre Ausbildungsmotive darstellen. Die Einrichtung der erwähnten Rubrik im Stadtblatt wäre als Angebot an die Ausbildungsbetriebe in Heidelberg jederzeit möglich.
3. Die Stadt Heidelberg lobt gemeinsam mit IHK und Handwerkskammer einen jährlichen Ausbildungspreis für den am stärksten ausbildenden Betrieb aus. Das dazu erforderliche Ranking wird in Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden der Wirtschaft erstellt und veröffentlicht.

Wenn der Gemeinderat beschließt, dass die Stadt Heidelberg gemeinsam mit IHK Rhein-Neckar und Handwerkskammer einen jährlichen Ausbildungspreis ausloben möchte, wäre dies ebenfalls als Vorschlag den beiden Institutionen zu unterbreiten. Dabei hat sich seit langem in der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Stadt als positiv erwiesen, Anregungen und Initiativen stets auch im Vorfeld von formalen Entscheidungen der gemeinderätlichen Gremien in der Wirtschaftskonferenz zu erörtern. Die Wirtschaftskonferenz ist ein beratendes Gremium, in dem die Kammern und Verbände der Wirtschaft, die Sozialpartner, die Arbeitsverwaltung, Universität und Stadt in Wirtschaftsfragen zusammenarbeiten. Das Votum der Wirtschaftskonferenz könnte dann in die weiteren Beratungen der gemeinderätlichen Gremien einbezogen werden.

Die Beratung des gestellten Antrags sollte darüber hinaus die Frage einschließen, ob eine derartige Initiative auch den Gremien der Metropolregion Rhein-Neckar unterbreitet werden sollte. Die Ausbildung Jugendlicher ist ein zentrales Anliegen der Metropolregion Rhein-Neckar.

gez.

Dr. Eckart Würzner